

Anfrage öffentlich	Datum 12.05.2017	Nummer F0113/17
Absender Stadträtin Jacqueline Tybora Fraktion DIE LINKE/future!		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 18.05.2017	

Kurztitel Sanktionierung hilfebedürftiger Bürgerinnen und Bürger durch das Jobcenter Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion die LINKE im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stellte in den letzten Jahren vermehrt Anfragen zu Kürzungen des Lebensunterhaltes u.a. F0191/15 (siehe Anlage). Bisher waren die Stellungnahmen (vgl. S0270/15, siehe Anlage) allgemein, verkürzt und unseres Erachtens nicht ausreichend. Aus diesem Grund bitten wir nochmals dringend um die Beantwortung folgender Fragen:

(Bitte beziehen Sie sich in Ihrer Stellungnahme nicht auf Einzelfallprüfungen. Es handelt sich um eine deskriptive Abfrage anonymisierter Daten ausschließlich für das Jobcenter der Landeshauptstadt Magdeburg. Diese Daten können binnen kürzester Zeit von einem erfahrenen Controller/Statistiker des Jobcenters oder der Agentur für Arbeit erstellt und beantwortet werden. Bitte vermeiden Sie Angaben von Verlinkungen mit Aufforderungen zur Eigenrecherche. Sollte eine Beantwortung nur mit Hilfe von Statistiken der Arbeitsagentur / Statistik Service Ost möglich sein, fordern wir Sie gem. § 43 KVG-LSA (Rechtsstellung der Mitglieder der Vertretung, Absatz 3, Satz 2: "Jedes ehrenamtliche Mitglied der Vertretung kann zur eigenen Unterrichtung von dem Hauptverwaltungsbeamten Auskunft verlangen; ihm muss durch den Hauptverwaltungsbeamten Auskunft erteilt werden.") höflich auf, diese eigenständig für die Beantwortung der Fragen heranzuziehen.)

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Laut Aussage der Geschäftsführung des Jobcenters der Landeshauptstadt Magdeburg vom 17.11.2015 (S0270/15) werden im Jobcenter Magdeburg keine eigenen Statistiken geführt. Bitte begründen Sie ihre intransparente und ungewohnte Unternehmensführung und teilen Sie den Bürgern und den Stadträten dieser Stadt mit, aus welchen Gründen nachhaltig geführte Statistiken, welche möglicherweise zur internen Prozessoptimierung im Sinne der Hilfebedürftigen führen könnten, in Ihrem Haus vermieden bzw. nicht aktuell von der Agentur für Arbeit abgefragt werden. Bitte teilen Sie uns mit, wie Ihnen die Beantragung der Haushaltsmittel ohne entsprechende Statistik gelingt? Wie viele Controller sind im Jobcenter der Landeshauptstadt Magdeburg derzeit beschäftigt? Macht es Sinn, einen externen Unternehmensberater zu bestellen, welcher Ihnen insbesondere im internen Dokumentationsprozess hilfreich zur Seite steht?
2. Bitte beantworten Sie alle Fragen der Anfrage F0191/15 von 1) bis 7) ausführlich und detailliert (anonymisiert) und weiten Sie alle Fragen auf die Jahre 2012 bis 2016 aus.

3. Wie vielen Bürgerinnen und Bürgern wurden in den Jahren 2012 bis 2016 die Leistungen zur Hilfe zum Lebensunterhalt gekürzt? Wir bitten um eine Unterteilung nach Hilfebedarfsgruppen mit Kindern im Haushalt und Personen nach Altersgruppen. Wie viele Kinder waren betroffen? Wie viele Alleinerziehende waren betroffen? Welche Gründe lagen für eine Sanktionierung vor? Wir bitten um eine tabellarische Auflistung aller vorgetragenen Gründe entsprechend der gesetzlichen Grundlage (fehlende Mitwirkung etc.) mit zugehöriger finanzieller Gegenüberstellung der Gesamtsummen auf die o.g. Personengruppen.
4. Welchen Einfluss haben soziale, interne und arbeitsmarktrelevante Faktoren (für Magdeburg unter Berücksichtigung der Arbeitslosenquote) auf eine Kürzung des Lebensunterhaltes (z.B. Alter, Geschlecht, Familienstand, Bildungstand, Anzahl der Bewerbungen, Anzahl der Absagen, Anzahl der Vermittlungsvorschläge, bearbeitendes Team, Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse der letzten zwei Jahre uvm.) Bitte teilen sie uns mit, welche Faktoren am häufigsten mit einer Kürzung des Lebensunterhaltes korrelieren? Wir bitten Sie anhand der Ergebnisse aus o.g. Datenanalyse dem Stadtrat der Landeshauptstadt mögliche Präventionsmodelle und Präventivmaßnahmen zur Verhinderung von Sanktionen insbesondere für Haushalte mit Kindern sowie ihre Ideen zur Stärkung von Motivation und Mitwirkung der Betroffenen vorzustellen. Die Präsentation sollte bis Mitte des Jahres in einer öffentlichen Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses erfolgen.
5. Wie viele Bürger und Bürgerinnen wurden mit Hilfe von Sanktionen auf dem 1. Arbeitsmarkt platziert bzw. wie vielen Bürgerinnen und Bürgern war es nach einer Sanktion besser möglich Arbeit aufzunehmen? Wir bitten um eine anonymisierte Darstellung anhand der Beschäftigungsverhältnisse (Bitte schließen sie die üblichen Integrationserfolge mit einer Arbeitsaufnahme von einem Tag aus und beziehen sie sich auf einen Beschäftigungszeitraum von mindestens 6 Monaten unter Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns) nach Berufsbranchen und Regionen in Magdeburg und Regionen in Sachsen- Anhalt. Wie können ihrer Meinung nach, sanktionierte Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu einer Veränderung der aktuellen Arbeitsmarktsituation beitragen?
6. Wir bitten um eine ausführliche Vorstellung ihres Kundenreaktionsmanagements im Ausschuss für Gesundheit und Soziales einschließlich der Interventionspraktiken bei Beschwerden unter Berücksichtigung o.g. Problematik. Da eine öffentliche Darstellung ihrerseits nicht erwünscht ist (S0270/15), bitten wir um eine Darstellung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses.
7. Bitte teilen Sie uns eine zeitliche Abfolge zur halbjährlichen Vorlage und Auswertung der Sanktionsvergaben/Kürzungen der Leistungen im Jobcenter der Landeshauptstadt Magdeburg im Ausschuss für Gesundheit und Soziales für die kommenden Jahre mit. Bitte laden Sie zu den Informationsveranstaltungen die Fachkräfte der Sozialen Arbeit als Vertretungen der betroffenen Bürger und Bürgerinnen, Stadträte und die Geschäftsführung des Jobcenters ein.
8. Sollte die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Sinne der Hilfebedürftigen aus Frage 4, 6 und 7 nicht möglich sein, teilen sie bitte der Bevölkerung eine nachvollziehbare öffentliche Begründung mit.

Ich bitte um ausführliche und öffentliche schriftliche Beantwortung aller Fragen.

Jacqueline Tybora
Stadträtin